



MANAGERKREIS DER FRIEDRICH-EBERT-STIFTUNG

NEWSLETTER

2_2013

Inhalt

IM INTERVIEW:

Anke Fabian, Geschäftsführerin Ei^Q Inspirational Quality 3

Für die Media-Beraterin ist die Ausgrenzung älterer Arbeitnehmer nicht hinnehmbar und steht im Widerspruch zu den Herausforderungen des demografischen Wandels. Sie fordert mehr Solidarität und Wertschätzung.



Mitteilungen aus dem Vorstand 6

Der Regionalkreis Niedersachsen-Bremen hat einen neuen Vorstand gewählt und der Managerkreis Ost hat sich umbenannt.

„Die Agenda 2010 war ein großer Wurf.“ 7

Altkanzler Schröder bekam viel Lob von Edmund Stoiber und mahnte mehr Mut zu Reformen an, auch wenn es den Verlust von Wahlen bedeuten könnte.



Wirtschafts- und finanzpolitische Schwerpunkte für eine nachhaltige Entwicklung in Mitteldeutschland 9

Wolfgang Tiefensee und Carsten Schneider diskutierten darüber, wie ein qualitatives Wachstum in der Region generiert werden kann.



Wohin steuert die KfW? Förderbanken in der ordnungspolitischen Falle? 9

KfW-Vorstand Axel Nawrath wies den Vorwurf der Wettbewerbsverzerrung zurück und betonte, dass die KfW weder zu groß, noch zu mächtig sei.



Energie für NRW – Heute und Morgen 10

Die Energiewende ist ohne die energieintensive Industrie nicht machbar. Gefragt sind Innovationen, die es möglich machen, industrielle Verfahren den Bedingungen grüner Stromversorgung anzupassen.



Was für den Wahlkampf entscheidend ist 11

Michael Donnermeyer will mit dem Wahlkampfteam von Tür zur Tür gehen – für sozialen Zusammenhalt, Mindestlohn und bezahlbare Mieten.

Krise vorbei, nichts gelernt? Die aktuelle Diskussion über die Finanzmarktregulierung 11

Jens Bullerjahn und Klemens Gutmann sind sich darüber einig, dass die Krise auch hierzulande noch nicht überwunden sei. Der Vertrauensverlust in die Banken sei groß und bedrohe die Demokratien Europas.



MANAGERKREIS DER FRIEDRICH-EBERT-STIFTUNG

NEWSLETTER

2_2013

Inhalt

Sozialdemokratische Wirtschafts- politik für Hessen - Perspektiven nach der Landtagswahl **12**

Für Thorsten Schäfer-Gümbel gehören wirtschaftlicher Erfolg und soziale Gerechtigkeit zusammen. Der SPD-Spitzenkandidat setzt auf ein rot-grünes Bündnis.

Auf gutem Kurs **12**

Finanzsenator Peter Tschentscher ist mit dem Stand der Haushaltskonsolidierung Hamburgs zufrieden.

Auswirkungen der Finanzmarkt- regulierung für den Mittelstand **13**

Georg Fahrenschon verweist auf die Krisenstärke des deutschen dreigliedrigen Finanzsystems. Die bestehende Vielfalt im Bankensektor müsse durch die europäische Bankenaufsicht respektiert werden.

„Nicht in Hysterie verfallen und gemeinsam handeln!“ **13**


Johannes Teyssen warnt vor einem Auseinanderbrechen des europäischen Energie-Binnenmarktes.

Literaturhinweise **14**

Terminübersicht **15**

IMPRESSUM

V.i.S.d.P. Marc Meinardus
Koordination & Schlussredaktion:
Dagmar Merk

Design:  zenobi GmbH
Redaktion: zenobi GmbH, Simone Varias
Fotos: Friedrich-Ebert-Stiftung, Mark Bollhorst, Gaby Waldek,

Friedrich-Ebert-Stiftung
Managerkreis
Hiroshimastr. 17, 10785 Berlin
Fon 0 30 / 2 69 35 70 53
Fax 0 30 / 2 69 35 92 36

www.managerkreis.de

E-Mail: managerkreis@fes.de

IM INTERVIEW: Anke Fabian, Inhaberin von Ei^Q Inspirational Quality in Düsseldorf, Beraterin, Trainerin und Moderatorin

Menschen 50plus: Top oder Flop? Einerseits gilt die Generation 50plus als zahlungskräftig und ist damit eine unternehmerisch interessante Zielgruppe. Andererseits gibt es in den Firmen immer weniger Beschäftigte im rentennahen Alter. Ältere Mitarbeiter gehen in Frührente und nehmen drastische Abschlüsse in Kauf, weil die Arbeitsbedingungen sie dazu zwingen und sie das Gefühl haben, überflüssig zu sein, meint Anke Fabian. Wer über 50 ist, findet kaum einen neuen Arbeitsplatz. Dabei soll – sagt die Politik – gerade die Generation der älteren Arbeitnehmer die wirtschaftlichen Folgen des demografischen Wandels in Deutschland abfangen.

Was hat Sie persönlich motiviert, sich mit der Generation 50plus auseinanderzusetzen?

Kurz vor meinem fünfzigsten Geburtstag bat man mich, einen Impulsvortrag über die Zielgruppe 50plus vor Unternehmensvertretern zu halten. Damals arbeitete ich noch bei der Frankfurter Mediaagentur Universal McCann. Seitdem beschäftigt mich das Thema immer wieder und mittlerweile kann ich ja selbst gut mitreden. Die Werbebranche verfügt über ein exzellentes Zahlen- und Faktenmaterial um herauszufinden, wie man so genannte ältere Zielgruppen am besten erreicht. Leider werden zumindest gesellschaftlich diese Fakten häufig ignoriert – vor allem der Arbeitsmarkt nutzt dieses Wissen nicht und das wird sich noch rächen.

„Generation 50plus“, die „Neuen Alten“, „Best Ager“ oder „Silver Surfer“. Welchen Begriff bevorzugen Sie?

Persönlich bevorzuge ich keinen dieser Begriffe und ich kenne auch niemanden, der sie für sich nutzt oder sich damit identifiziert. Beruflich komme ich um die Verwendung des einen oder anderen dieser Begriffe manchmal nicht umhin. Das alles sind Marketingbegriffe, die sich etabliert haben als Abgrenzung zur immer noch



hauptsächlich avisierten Zielgruppe der 20- bis 49-Jährigen. Diese rein soziodemografische Einordnung greift meiner Meinung nach zu kurz. Moderne westliche Lebenswelten stellen sich fragmentierter und vielfältiger dar.

Dennoch werden 50 bis 85-Jährige unter einem Kommunikationsdach zusammengefasst. Kann man bei fast 40 Prozent der Gesamtbevölkerung überhaupt von einer Zielgruppe sprechen?

Wir sprechen exakt über 32,38 Millionen Menschen zwischen 50 und 100 Jahre. Sie leben über ganz Deutschland verteilt mit ihren vielen unterschiedlichen Dialekten, Mentalitäten, Gewohnheiten, Bildungsgraden, Lebensläufen und Verhaltensweisen. Selbst ein Laie dürfte bei diesen Zahlen ahnen, dass man nicht fast 33 Millionen Menschen über einen Kamm scheren kann. Das sind fast so viele Menschen wie in ganz Polen leben. Würden Sie alle Polen von 0 bis 100 in einen Topf werfen? Nicht nur Kinder gehen durch Entwicklungsphasen. Wir alle bewegen uns ein Leben lang durch immer wieder neue Abschnitte. Daher macht es Sinn, die Bevölkerung in Fünfer-, maximal in Zehnerschritten in ihren jeweiligen Verhaltensweisen, Denkschemata oder Nutzungsgewohnheiten zu betrachten.



Einerseits werden wir immer älter und andererseits scheinen die Alten immer jünger zu werden. Im Jahre 2050 wird voraussichtlich ein Drittel der Deutschen älter als 60 sein. Sind die dann wirklich schon alt?

Nein. Denn mit jedem Jahrzehnt steigt in den westlichen Ländern die persönliche durchschnittliche Lebenserwartung um jeweils ein weiteres Jahr. Da wir heute alle bereits im Schnitt 92 Jahre alt werden können – übrigens auch die Männer -, wird die Chance, 100 Jahre alt zu werden bis 2050 etwas völlig Normales geworden sein.

Wichtig ist aber nicht die Zahl als solche. Viel wichtiger ist mir, darauf hinzuweisen, dass von den 32,38 Millionen zwischen 50 und 100 Jahre über 80 Prozent topfit sind. Ich sage gerne auch „unkaputtbar“. Schauen wir uns doch einmal den Zeitstrahl von 0 bis 90plus an: Im Schnitt sind wir bis etwa 25 noch nicht ganz Herr der eigenen Lage. Dann aber sollen wir zwischen 25 und 45 alles auf einmal schaffen: Karriere machen, eine Familie gründen, ein Haus bauen, einen Baum pflanzen. Weiterhin soll die eigene Rente erwirtschaftet, die Ausbildung der Kinder angespart und die Pflege der Eltern vorbereitet werden. Aber kaum ist die Grenze 45 bis 50 erreicht, zack, schon wird man als alt definiert, obwohl man noch 20 tatkräftige Arbeitsjahre vor sich sieht. Wir leben dann aber noch VIERZIG Jahre, also im Schnitt 14.000 Tage. Also sind wir länger alt als man uns zugesteht, lebendig sein zu dürfen? Da liegt der Hase im Pfeffer.

Ob als alt definiert oder nicht: Unternehmen und Dienstleister haben ein gesteigertes Interesse an der Generation 50plus. Was macht die Generation 50plus für den Markt so interessant?

Das ist einfach: Die Generation 50plus bedeutet Umsatz. Neuwagen werden überwiegend von Menschen über 50 gekauft. Sie gönnen sich auch gerne etwas und probieren auch mal etwas Neues aus. Sie sind höchst aktiv und durchaus ausgabefreudig. Diese gesetzten Verbraucher kaufen übrigens nicht nur für sich, sondern für ihre jüngere Verwandtschaft. Ich schätze, dass diese lukrative Lage noch etwa 10 Jahre vor-

handen sein wird. Die Veränderung zu immer größerer Spaltung unserer Gesellschaft hin zu mehr armen Menschen und weniger Mittelstand wird sich dann drastisch auswirken – auch auf die Generation 50plus. Wir haben jetzt bereits ein Ausbluten an Qualitätsgeschäften. Der Zug rollt. Die Menschen werden wieder lernen müssen zu stopfen.

Das alte Ehepaar auf der Parkbank hat als Werbebild ausgesorgt. Wie wollen Menschen, die 50 Jahre und älter sind, behandelt und angesprochen werden – beispielsweise in der Werbung?

Ach, um das lachende Paar auf Bildern mache ich mir keine Gedanken, eher darum, dass es in der Realität wohl eher weniger ein Ehepaar sein wird. Aber um Ihre Frage ernsthaft zu beantworten: Es ist nicht der „Markt“, der nicht genug über ältere Menschen weiß. Es ist das angstvolle Horrorbild, dass wir alle gemeinsam zeichnen, so als wenn wir im „Gerassic Parc“ ankommen und unsere Innenstädte durch schlurfende, tatterige Greise überschwemmt werden. Zum einen ist das Blödsinn und zum anderen ist es auch eine dramatische Diffamierung. Deutschland ist mittlerweile Weltmeister in der Ausgrenzung von verschiedenen Gruppierungen und ich verstehe seit Jahren nicht, warum das so ist. Wir sollten dringend unsere Sprachregelungen ändern, die Wahrnehmung des anderen insgesamt, den Respekt zu- und miteinander wieder als eine Priorität setzen.

Wie geht die Wirtschaft in Zeiten von Fachkräftemangel und einer alternden Gesellschaft mit älteren Arbeitnehmern um? Spüren Sie dort immer noch den „Jugendwahn“? Oder gibt es einen Wandel?

Alle Demografieberater laufen sich vergeblich die Hacken ab, um Unternehmen zu bewegen, Menschen einzustellen, die noch 5, 10 oder 15 Jahre arbeiten müssen, um eine einigermaßen auskömmliche eigene Rente zu erwerben und nicht der Tristesse oder der Altersarmut anheim zu fallen. Das ist die Falle, vor der wir alle gemeinsam stehen. Der Jugendwahn ist ungebrochen vorhanden. Dabei weiß man, wie er-



folgreich altersgemischte Teams handeln und welchen Nutzen sie stiften. Setzt man nur auf die Jugend, geht erworbenes Wissen verloren und damit auch Umsatz. Einen Wandel kann ich nicht ausmachen. Dazu bedarf es einer Sichtweise auf ein langes, überwiegend gesundes und tatkräftiges Leben.

Ein 55 Jahre alter Unternehmensvorstand gilt als Mann in den besten Jahren. Auf dem Arbeitsmarkt allerdings hat man ab diesem Alter zu kämpfen. Warum ist das so?

Geben Sie das doch jetzt bitte mal umgehend als Umfrage zur Marktforschung, denn das wüsste ich auch gerne. Diejenigen, die dieses Alter haben, entscheiden, dass die, die nicht mit ihnen auf einer Stufe stehen, keine Arbeits- und damit, ich sage das jetzt mal sehr drastisch, Lebensberechtigung haben. Die Antwort darauf kann ich Ihnen also nicht geben.

Eine neue Studie, die die Unternehmensberatung Gallup Anfang März vorgestellt hat, zeigt, dass unter älteren Arbeitnehmern die Unzufriedenheit mit ihrem Arbeitgeber wächst. Sie fühlen sich fehl am Platz. Woran liegt das Ihrer Ansicht nach?

Ausgrenzung ist das Stichwort. Man gibt ihnen verstärkt das Gefühl, überflüssig zu sein. Vor circa vier Jahren habe ich eine Umfrage bei Großunternehmen gemacht, um zu erfahren, wie man es mit der Fort- und Weiterbildung Älterer denn so hält. ALLE von mir angefragten Unternehmen haben mich inständig gebeten, ihren Namen nicht zu nennen, es sei kein Feld, das sie beackern würden. Das sagt doch alles, oder?

Immerhin wollen im Jahr 2013 Unternehmen gezielt ältere Arbeitnehmer einstellen – so zumindest das Ergebnis einer Umfrage im Auftrag der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft und der Wirtschafts-Woche. Allerdings fehlen dafür die Rahmenbedingungen. Altersgerechte Arbeitsplätze sind Mangelware. Haben die Unternehmen den demografischen Wandel verschlafen?

Was heißt altersgerechter Arbeitsplatz? Hat ein junger Mensch keinen Anspruch auf einen ergonomischen Stuhl? Er muss noch 40 Jahre arbei-

ten und sollte möglichst wenig krank sein müssen. Was ich sagen will, ist: Wir übertreiben vieles. Das ist wie mit den allein erziehenden Müttern, die angeblich so unzuverlässig sind. Ich war eine und habe Vollzeit in tariffreier Branche meinen Weg gemacht zu Zeiten, wo um 18 Uhr die Läden schlossen. Es gäbe weitere Beispiele. Warum wird nicht über steigende Umsätze, besseres Betriebsklima, größere Zuverlässigkeit, weniger Krankzeiten, höhere Sorgfalt gesprochen? Wenn es darum geht, Menschen über 50 bis zu ihrem wohl verdienten Ruhestand zu beschäftigen, haben die Unternehmen wirklich was verschlafen. Innovationspotenzial kann man auch aus der etwas gelasseneren Ruhe der so genannten Älteren ziehen. Ein Experiment, zu dem ich Mut machen möchte und das sich auszahlt!

Deutschland muss familienfreundlicher werden – darüber herrscht allgemeiner Konsens. Kinder und Familien müssen gestärkt werden. Wie steht es aber um die Seniorenfreundlichkeit?

Senioren hört sich schon wieder nach einem schlüpfend-schmatzenden Tattergreis an, der seine Sinne nicht mehr beieinander hat. Ich bin bald 58, aber bei weitem keine Seniorin. Klaus Staeck oder Günther Wallraff als einen Senior zu bezeichnen würde wohl auch kaum jemand ernsthaft einfallen. Dänemark ist eine Konsensgesellschaft, gewollt über alle Hierarchien und Schichten hinweg. Die Schweiz ist dies auch wesentlich mehr als wir. Denken Sie nur an das hervorragende Rentenmodell. Bei uns ist Konsens nicht erwünscht. Sind die beiden genannten Länder weniger erfolgreich als wir? Wenn wir nicht aufpassen, sind wir schneller abgehängt als wir gucken können. Wir brauchen insgesamt mehr Solidarität. Denn auch Kinder und Jugendliche werden ausgegrenzt und zwar massiv, wenn ein paar Details nicht stimmen.

Kann es sein, dass im stark leistungsorientierten Deutschland die Toleranzschwelle bei Alter, Bedürftigkeit, Schwäche und Tod besonders niedrig ist? Oder woher kommt die geringe Wertschätzung gegenüber älteren Mitmenschen?

Niemand mag Gebrechlichkeit. Keiner will es sein, niemand was damit zu tun haben. Aber alle



trifft es. Selbst oder in der Familie – irgendwie. Es gehört zum Leben. Wir sollten lernen, uns zu besinnen auf das, was natürlich im Laufe eines langen Lebens vorkommt. Wir leben in dieser, nicht in der virtuellen Plastikwelt. Ich muss Sie nun mal was zurückfragen: Woher soll Wertschätzung für Ältere kommen, wenn es sie niemandem gegenüber mehr gibt? Die Bücher „Die Rüpel-Republik“ oder auch das wunderbare Werk „Die Stunde der Dilettanten“ macht dies in jeweils unterschiedlicher, aber gekonnter Weise deutlich.

Bislang scheint es keine politische Vision zu geben, wie man mit den vielen Alten umgehen soll. Was muss sich ändern, damit eine so gravierende demografische Veränderung nicht zu sozialem Unfrieden führt?

Ich frage mich länger schon, ob ich glatt noch einmal auf die Straße muss – in meinem Alter! Die politische Vision als solche gibt es nicht. Grundsatzprogramme ändern sich heute fast so schnell wie Kleiderfarben des Sommers. Das politische

Mitteilungen aus dem Vorstand

Neuer Sprecher im Managerkreis Niedersachsen-Bremen

Die Mitgliederversammlung des Regionalkreises hat am 26. Februar 2013 einen neuen Vorstand gewählt. Peter-Jürgen Schneider hat sein Amt als Vorsitzender des Managerkreises Niedersachsen-Bremen, das er viele Jahre erfolgreich innehatte, niedergelegt, da er Finanzminister in der neuen Regierung von Stephan Weil in Niedersachsen geworden ist. Peter-Jürgen Schneider erstattete den Mitgliedern noch Bericht über die Aktivitäten seit der letzten Mitgliederversammlung vor zweieinhalb Jahren. Danach schlug er Gerhard Prätorius, Leiter Corporate Social Responsibility und Nachhaltigkeit bei der Volkswagen AG, als seinen Nachfolger vor. Dieser Vorschlag wurde von der Mitgliederversammlung einstimmig angenommen.

Im Anschluss folgte ein Hintergrundgespräch mit dem neuen Wirtschaftsminister von Niedersachsen Olaf Lies. Er bewertete das Ergebnis der Landtagswahl und sprach über die Perspektiven für die zukünftige Wirtschaftspolitik

Geschäft ist überwiegend ein taktisches Reagieren auf Aktuelles. Drei von dreißig Dingen möchte ich Ihnen nennen, die sich meines Erachtens ändern sollten: Zum einen müssen wir weg vom vorteilsbezogenen Umgang miteinander. Dann gehört das aggressive Wettbewerbsverhalten verschiedener Altersklassen abgeschafft. Und schließlich brauchen wir mehr Mut zur Nutzung der Potenziale, die Menschen ab 50 mitbringen.

Anke Fabian arbeitete zwanzig Jahre als Kommunikations-/Media-Expertin in namhaften Agenturen wie Grey, BBDO, Mediaedge: CIA und UM bevor sie sich 2006 selbstständig machte. Mit 50 Jahren gründete sie ihre eigene Agentur und bietet als EiQ Inspirational Quality gute Ideen, die machbar sind und wirken. Sie ist Beraterin für Media- und Marketingkommunikation, Trainerin, Lehrbeauftragte und Moderatorin. Seit 2012 ist Anke Fabian Mitglied im Managerkreis.

www.inspirational-quality.de

des Landes Niedersachsen.

www.managerkreis.de/wir-vor-ort/niedersachsen-bremen/

Managerkreis Ost ist Mitteldeutschland

Auf der Mitgliederversammlung des Regionalkreises in Leipzig wurde am 18. Februar 2013 eine Umbenennung vorgeschlagen, um den regionalen Bezug deutlicher zu machen. Unter Ostdeutschland werden noch immer oftmals alle neuen Bundesländer subsummiert. Die anschließende Diskussion ergab einhellig Zustimmung dazu, dass der Name „Mitteldeutschland“ sinn- und zielführender wäre und heute auch nicht mehr politisch „sensibel“ sei. Die Anwesenden beschlossen, die Namensänderung allen Mitgliedern per Email vorzuschlagen und nach einer Frist – wenn es keine erheblichen Einwände gibt – die Namensänderung offiziell zu machen. Dies ist inzwischen geschehen und somit ist die Umbenennung des Regionalkreises „amtlich“.

www.managerkreis.de/wir-vor-ort/mitteldeutschland/

„Die Agenda 2010 war ein großer Wurf.“

„Wir werden Leistungen des Staates kürzen, Eigenverantwortung fördern und mehr Eigenleistung von jedem Einzelnen abfordern müssen.“ Dieser Satz stammt aus der Regierungserklärung Gerhard Schröders am 14. März 2003. Der damalige Bundeskanzler nutzte das Podium, um für eine umfassende Reform des Sozialstaates zu werben. Am 10. Jahrestag der „Agenda-Rede“ zog der Managerkreis mit prominenten Vertretern aus Politik, Wirtschaft, Gewerkschaften und Medien eine Bilanz und zeigte Perspektiven auf.

Die Agenda 2010 klang nicht wie ein typisch sozialdemokratisches Konzept. Gerhard Schröder sprach in seiner Regierungserklärung „Mut zum Frieden und zur Veränderung“ von weniger Arbeitslosengeld, späterem Rentenbeginn und Einschränkungen beim Kündigungsschutz. Die deutsche Arbeitswelt sollte nachdrücklich umgebaut werden. Viele Menschen empfanden die Reformpläne der Agenda 2010 als eine Zumutung. Die Regierungspartei SPD haderte mit der Agenda. Deutschland galt als „der kranke Mann Europas“. Das Haushaltsdefizit und die Arbeitslosigkeit steigerten sich zu dieser Zeit in schwindelerregende Höhen: Über fünf Millionen Menschen waren ohne Job. Die Bundesregierung musste handeln, zum Preis eines drohenden vorzeitigen Machtverlustes.

Auf seiner Jubiläumsveranstaltung blickte der Managerkreis zunächst auf die Entstehungsgeschichte sowie die Jahre der Agenda-Reformen zurück. Die Agenda 2010 hat das Land verändert. Die Zahl der Arbeitslosen hat sich nahezu



halbiert. Deutschland ist überraschend stark durch die globale Krise der letzten Jahre gekommen - auch und vor allem dank Schröders Agenda. Doch der Preis des Aufstieges war hoch. Zeit- und Leiharbeit haben in den letzten Jahren ungeahnte Ausmaße angenommen. Der Ruf nach einem Mindestlohn in Deutschland wird immer lauter. Ein Nachjustieren der Agenda wird gefordert. Gar eine neue Agenda, quasi eine Agenda 2020, die die europäische Dimension der wirtschaftlichen Herausforderungen noch stärker berücksichtigen soll.

Viele der Akteure von damals waren zu der Veranstaltung gekommen. Allen voran der Alt-Kanzler, aber auch Bert Rürup, der ehemalige Chef der Wirtschaftsweisen und Edmund Stoiber, Schröders einstiger Widersacher. Doch die alten Fronten sind Geschichte. Stoiber lobte Schröders Werk ausdrücklich: „Die Agenda 2010 war ein großer Wurf. Ohne Zweifel kann Angela Merkel froh sein, dass sie darauf aufbauen konnte.“ Moderiert wurde dieses Panel, auf dem auch der ehemalige Chef der DIHK Ludwig





Georg Braun und Frank-Walter Steinmeier saßen, von Sabine Christiansen. Wie keine zweite ist sie das Gesicht der Sonntagabend jener sehr debattierfreudigen Agenda-Zeit. Auch Gabor Steingart, Vorsitzender der Handelsblatt Verlagsgruppe, war gekommen. Steingart ist eine kritische Stimme, die sich vehement zu Fragen der gesellschaftlichen Zustände in Deutschland äußert. Dass die Agenda massiven Unmut erregte, daran erinnerte vor allem Dietmar Hexel vom DGB-Bundesvorstand: „Die Agenda ging an die Substanz vieler, die ein Leben lang gearbeitet haben“.

Ein zweites Panel warf den Blick nach vorne. Welche Perspektiven für Deutschland und Europa eröffnete die Agenda 2010? Brauchen wir gar eine neue Agenda? Moderiert von Stephan-Andreas Casdorff vom Tagesspiegel diskutierten Thomas Oppermann, Parlamentarischer Geschäftsführer der SPD-Bundestagsfraktion, Martin Kannegieser, Ehrenpräsident des Arbeitgeberverbandes Gesamtmetall, René Lasserre vom Centre d'Information et de Recherche sur l'Allemagne Contemporaine, Christoph M. Schmidt, Präsident des RWI, die Makroökonomin Beatrice Weder di Mauro und Michael Vassiliadis, Vorsitzender der IG BCE. Die Diskutanten waren sich einig, dass eine Weiterentwicklung der Agenda notwendig ist. Deutschland sei in einem Status der Reformmüdigkeit angelangt. Doch muss das Land wettbewerbsfähig bleiben, um gegen aufstrebende Wirtschaftsmächte wie Indien oder China zu bestehen. Thomas Oppermann brach-

te einen Mindestlohn als Ergänzung zur Agenda 2010 ins Spiel. Eine Weiterentwicklung forderten auch Christoph M. Schmidt und René Lasserre. Die Diskussion über Mindestlöhne aber halten sie für einen falschen Weg. Schmidt fordert eher eine stärkere Liberalisierung als Regulierung. Über das „wie“ kann also gestritten werden, doch darf sich Deutschland Ergänzungen zur Agenda-Politik und weiteren Wirtschaftsreformen nicht verschließen, um seinen Platz an der Weltspitze behaupten zu können.

Gerhard Schröder selbst wollte in seiner Rede den heute politisch Verantwortlichen keine Lektion erteilen. Seine Agenda stellte er nicht als Allheilmittel dar: „Die Agenda 2010 hätte alleine nicht wirken können“, sagte er. Sie war nur ein Teil einer Strategie aus drei Elementen. Besonders die frühzeitige Internationalisierung des deutschen Mittelstandes und die verantwortliche Art der Gewerkschaften sei eine Grundbedingung für die Stärke Deutschlands. Zudem habe man nicht den Fehler gemacht, dem angelsächsischen Beispiel zu folgen und die Industrie nahezu vollkommen zugunsten des Dienstleistungssektors abzubauen. Die Würde des Menschen habe etwas mit Arbeit zu tun, so Schröder: „Ein Staat, der nur betreut, wird dieser Menschenwürde nicht gerecht.“ Dies sei auch das Leitbild seiner Politik gewesen. Nach vorne gewandt mahnte Schröder mehr Mut zu Reformen an. Positive Folgen von Reformen könne man oft erst Jahre später erkennen. Reformen sind aber immer „belastend und bringen Menschen im wahrsten Sinne des Wortes auf die Barrikaden“. Dies bedeutet, dass man den Verlust von Wahlen klar vor Augen haben muss. Das sei der Grund, warum Reformen oft unterlassen werden. „Man sollte am Ende aber doch bereit sein, das Risiko einzugehen, nicht wieder gewählt zu werden - ein Maßstab, den man gelegentlich auch an die aktuelle Politik anlegen sollte“, so Schröder.

Videobeitrag:

www.youtube.com/watch?v=HsIKB9zL_Wg

Presse:

www.managerkreis.de/pressespiegel/

Wirtschafts- und finanzpolitische Schwerpunkte für eine nachhaltige Entwicklung in Mitteldeutschland

Globale Krise der Finanzmärkte, europäische Staatsschuldenkrise, Schuldenbremse, schwaches Wachstum, leere Kassen bei den Kommunen - all diese Schlagworte und Schreckensnachrichten, die das vergangene Jahr 2012 dominiert haben, setzen Rahmenbedingungen, die eine aktive und progressive Wirtschaftspolitik vor erhebliche Herausforderungen stellt. Dies gilt insbesondere auch für Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen.

Die Metropolregion Mitteldeutschland liegt mitten im Herzen Europas und vereint mit Leipzig, Chemnitz, Zwickau, Halle (Saale), Magdeburg, Jena, Erfurt, Weimar, Dessau-Roßlau, Dresden und Gera elf Städte aus Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen. Sie gehört zu den dynamischsten Wirtschaftsregionen Europas und verfügt über eine Vielzahl an Standortvorteilen im internationalen Wettbewerb.

Der Managerkreis Mitteldeutschland traf sich am 18. Februar 2013 in Leipzig mit dem ehemaligen Oberbürgermeister der Sachsenmetropole Wolfgang Tiefensee und dem erfahrenen Haushaltspolitiker Carsten Schneider, um darüber zu diskutieren, wie die wirtschafts- und finanzpolitischen Schwerpunkte für eine nachhaltige Entwicklung in Mitteldeutschland gesetzt werden müssen. Die Leitung des Gesprächs übernahm Michael Clobes, Sprecher des Managerkreises in Sachsen.



v.l.n.r.: Schneider, Clobes, Tiefensee

Wolfgang Tiefensee, der inzwischen wirtschaftspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion ist, möchte wirtschaftliche Dynamik, sozialen Ausgleich und ökologische Vernunft zusammenbringen, um ein qualitatives Wachstum in der Region zu generieren.

Wohin steuert die KfW? Förderbanken in der ordnungspolitischen Falle?

„Axel Nawrath ist ein Mann, der weiß, wie man ein öffentliches Großunternehmen erfolgreich führt, und die Zahlen geben ihm Recht.“ Mit diesen Worten begrüßte Florian Gerster, Vorsitzender des Manger-



kreises Rhein-Main, am 19. Februar 2013 den Vorstand der KfW-Bankengruppe zu einer Diskussionsveranstaltung: Wohin steuert die KfW? Diese Frage war der Auftakt für einen spannenden Abend.

Immer wieder wird darüber diskutiert, ob die Kreditanstalt für Wiederaufbau – als Staatsbank immerhin inzwischen die drittgrößte Bank in Deutschland - zu groß geworden ist. Axel Nawrath, der bereits mehrfach ein gern gesehener Gast beim Managerkreis war, verteidigte selbstbewusst den Erfolg der KfW. In Zeiten allgemeiner Bankenskepsis beziehe sie sich ganz bewusst auf ihr Credo: Für die KfW zähle qualitatives Wachstum. Im Rahmen ihrer strategischen Fokussierung orientiere sie sich an Werten wie Nachhaltigkeit, Verantwortung und Kundennutzen.

Anders als jede andere Privatbank habe die KfW als bundeseigene Förderbank einen gezielt gemeinwohlorientierten Auftrag. Dort einzugreifen, wo sich das Geschäft für andere Banken nicht mehr lohne, sei Grundidee ei-

ner Förderbank. Axel Nawrath wies damit alle Vorwürfe zurück, die KfW würde als neue Superbank private Anbieter auf dem deutschen Finanzmarkt zurückdrängen. Die Forderungen nach einer neuen Ordnungspolitik hielt er damit für eine typisch deutsche Diskussion. Dass es das Wort „Ordnungspolitik“ nur in der deutschen Sprache gäbe, würde ihn allerdings nicht verwundern, fügte Nawrath schmunzelnd hinzu.

Mit Humor und klaren Analysen zählte Nawrath verschiedene ordnungspolitische Kriterien auf, an denen man gut ablesen könne, warum die KfW weder zu groß, noch zu mächtig sei. Die Bilanzsumme als ein solches Kriterium greife als Maßstab zu kurz. Die gerade in Krisenzeiten benötigten Langfristfinanzierungen verlängerten zwar die Bilanzen, würden dafür aber auch maßgeblich zur Stabilisierung der Märkte beitragen. „Nachts ist es kälter als draußen, aber wir haben einen Sicherheitszaun“, unterstrich Nawrath. Damit könne er getrost auf kritische Stimmen reagieren, die einen hinkenden Vergleich zwischen KfW-Bilanzsumme und Bruttosozialprodukt der Schweiz herstellten.

Auch auf den Vorwurf der Wettbewerbsverzerrung reagierte Nawrath gelassen. Auf den ersten Blick defizitäre Geschäftsmodelle wie Meister-Bafög, Gründungsdarlehen oder Mikrokredite könnten nur von einer staatlichen Förderbank angeboten werden. Hier gäbe es keine Wettbewerbsverzerrung, höchstens ein Marktversagen.

Zur Frage, ob öffentlich geführte Banken die besser geführten Banken seien, führte der frühere Finanzstaatssekretär an, dass die KfW den Vergleich mit dem Privatsektor nicht scheue und ihre Regularien künftig denen der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht anpassen werde. Die KfW werde an ihrem bisherigen, erfolgreichen Kurs festhalten, so Nawrath. Ob dieser sich auch dauerhaft als erfolgreich erweisen werde, hierzu würde er dann gerne wieder beim Managerkreis Rede und Antwort stehen.

Energie für NRW – Heute und Morgen

NRW ist der wichtigste Industrie- und Energiestandort Deutschlands. Daher ist es für die Landespolitik besonders wichtig, die Energiewende so zu begleiten, dass die energieintensiven Industrien hier ihren Standort halten und als Motor der industriellen Basis in NRW dienen können.

Wie wird sich die nordrhein-westfälische Wirtschaft in den nächsten Jahren aufstellen, um zu den Gewinnern der Energiewende zu gehören? Was tut die Landesregierung, um die industrielle Grundlage des Landes zu erhalten und zu stärken? Im Rahmen einer öffentlichen Veranstaltung des Managerkreises NRW auf dem Essener Gelände der TRIMET Aluminium AG diskutierten am 21. Februar 2013 Garrelt Duin, Minister für Wirtschaft, Energie, Industrie, Mittelstand und Handwerk des Landes Nordrhein-Westfalen und Martin Iffert, Vorsitzender des Vorstands der TRIMET Aluminium AG, unter der Moderation von Martin Schmuck über die Anforderungen an die Politik und die Herausforderungen für die Industrie.

Neben den grundsätzlichen Überlegungen zur Energiewende und zu den Bedürfnissen der industriellen Unternehmen stand insbesondere die Debatte im Vordergrund, wie die Innovationskraft vor allem der energieintensiven Industrien die



v.l.n.r: Martin Iffert , Garrelt Duin



Energiewende unterstützen und vorantreiben könne. Derzeit entwickeln die Unternehmen in Nordrhein-Westfalen Strategien, wie sie in Zeiten hoher Energieerzeugung ihre Produktion so anpassen können, um als Speicher für erneuerbare Energien zu dienen. TRIMET arbeitet beispielsweise derzeit an einem Verfahren, das den Energiebedarf des Produktionsprozesses an eine schwankende Stromversorgung anpasst. Die Aluminiumhütte wird dabei zu einer virtuellen Batterie, die fluktuierende Strommengen aus erneuerbaren Energiequellen aufnimmt.

Das Beispiel von TRIMET zeigt, dass ökologische Stromerzeugung und industrielle Wertschöpfung Hand in Hand gehen können. NRW könne so zur Basis des Gelingens des Umstiegs zu mehr regenerativer Energie werden und einer der Gewinner der Energiewende sein. Minister Garrelt Duin sagte die Unterstützung der nordrhein-westfälischen Landespolitik zu, die Unternehmen auf diesem Weg zu unterstützen und somit die Grundlage der nordrhein-westfälischen Wirtschaft dauerhaft zu sichern.

In der anschließenden spannenden Debatte sorgten die verschiedenen Aspekte der technischen und politischen Umsetzung energiepolitischer Projekte für Diskussionen.

Was für den Wahlkampf entscheidend ist

Am 9. April 2013 traf sich der Managerkreis Berlin-Brandenburg zu einem Jour Fixe mit Michael Donnermeyer, dem Sprecher von Peer Steinbrück.

Er erläuterte Kerninhalte der Wahlkampfstrategie des Kandidaten und die politische Ausgangslage ein halbes Jahr vor der Wahl. Dabei benannte Michael Donnermeyer, der schon 1998 Gerhard Schröders Wahlkampf führte, die Themen sozialer Zusammenhalt, Mindestlohn und bezahlbare Mieten als zentrale Kompetenzfelder, auf denen man punkten wolle. Deshalb müsse sich die Kampagne auf wenige Themen und klare Aussagen konzentrieren und nah bei den Menschen geführt werden.

Donnermeyer erklärte, dass das Wahlkampfteam auf das persönliche Gespräch bei Haustür- und Wohnzimmerbesuchen setze, um die eigene Wählerschaft und noch Unentschlossene zu mobilisieren. Wenn dies gelinge und man klar auf eine rot-grüne Machtoption setze, sei eine sozialdemokratische Mehrheit erreichbar, so Donnermeyer.

Krise vorbei, nichts gelernt? Die aktuelle Diskussion über die Finanzmarktregulierung

Ursprünglich wollten die Organisatoren des Managerkreises und Finanzminister Jens Bullerjahn einen Schlusstrich unter die große Finanz- und Schuldenkrise ziehen, schließlich waren die 120 Gäste zur Diskussion „Krise vorbei, nichts gelernt?“ am 9. April 2013 nach Magdeburg eingeladen. Angesichts der Rettungsmaßnahmen in Zypern und den weiterhin steigenden Arbeitslosenzahlen im südlichen Europa, waren sich alle Referenten schnell einig, dass die Finanzmarktkrise im Jahre fünf weiterhin unberechenbar bleibt.

In seinem Impulsreferat führte der stellvertretende Ministerpräsident von Sachsen-Anhalt Jens Bullerjahn aus, dass alle Frühwarnsysteme der Finanzaufsicht 2008 versagt hätten. Die G20-Ankündigung, dass kein Finanzplatz und -produkt unreguliert bleiben dürfe, sei angesichts eines 67 Billionen Dollar großen Schattenbanksektors und der vielen Steueroasen wenig glaubwürdig. Auch wenn das Thema Steuergerechtigkeit in Deutschland zunehmend Gehör fände, gelte die Krise hierzulande als überwunden. Das sei allerdings ein Trugschluss, bestätigte auch Klemens Gutman, Präsident der Arbeitgeber- und Wirtschaftsverbände Sachsen-Anhalt. In den Bilanzen der Banken und Finanzinstitute schlummerten noch gewaltige Risiken aus riskanten Finanzmarktgeschäften. Hochfrequenzhandel, Bankboni sowie Zinsmanipulationen hätten zu einem weiteren Vertrauensverlust der Branche insgesamt geführt.



Philipp Steinberg, finanzpolitischer Experte der SPD, führte weiter aus, welche Gefahr dieser Vertrauensverlust auch für die Demokratien Europas bedeuten könne und teilweise bereits darstellt. Der Verlust in die Steuerungsfähigkeit der Politiker einerseits, die gewaltigen staatlichen Stützungsmaßnahmen aus Steuergeldern andererseits, ließen die gefühlte Ungerechtigkeit in der Bevölkerung weiter steigen. Der Weg zurück zu einer geordneten und sozialen Marktwirtschaft sei nur durch die Zusammenführung von Risiko und Haftung sowie die demokratische Durchdringung des Wirtschaftssystems machbar. Verantwortliches und weitsichtiges Handeln waren stets die Grundlagen für das erfolgreiche deutsche Wirtschaftsmodell. Diese Werte müssten nun auch international wieder stärker in den Mittelpunkt gerückt werden. Der Weg hinaus aus der Krise sei daher noch lange nicht zu Ende.

Sozialdemokratische Wirtschaftspolitik für Hessen - Perspektiven nach der Landtagswahl

„Mit Thorsten Schäfer-Gümbel hat die SPD gute Chancen, den Machtwechsel in Hessen herbeizuführen. Ihm ist es in den letzten fünf Jahren gelungen, das Profil der Partei zu schärfen und ordnungspolitische Akzente zu setzen“, so begrüßte Florian Gerster, der Vorsitzende des Managerkreises Rhein-Main, den Spitzenkandidaten der hessischen SPD, der am 15. April 2013 in Frankfurt zu Gast war.

Schäfer-Gümbel, der Peer Steinbrück als Finanzfachmann im Bundestagswahlkampf zur Seite steht, kam schnell zu den Kernthemen und damit zur Steuerpolitik. „Wir brauchen einen Dreiklang aus Einnahmeerhöhungen, Effizienzsteigerungen und Einsparungen“, lautete seine Botschaft. Dabei dürfe die Mittelschicht nicht überfordert werden. „Wirtschaftlicher Erfolg und soziale Gerechtigkeit bedingen einander“, so Schäfer-Gümbel.

Obgleich die Arbeitsmarktdaten für Hessen erfreulich sind, zeichnete der SPD-Chef ein diffe-

renziertes Bild. Gerade Mittelhessen habe nach dem Abzug der US-Streitkräfte und der Bundeswehr an Beschäftigungsdynamik verloren. Außerdem fehlten wirksame Strukturen, um unter Druck geratene Unternehmen zielführend zu helfen. Des Weiteren kritisierte er die Gesundheitswirtschaft des Landes. Eine überzeugende Krankenhausstruktur für Land, Städte und Gemeinden sei nicht in Sicht. Als weiteres Defizit machte Schäfer-Gümbel den Fachkräftemangel aus und plädierte für stärker miteinander verzahnte Ausbildungen, höhere Frauenerwerbsquoten und mehr Zuwanderung.

Im Hinblick auf den Frankfurter Flughafen, eines der weltweit bedeutendsten Luftfahrt Drehkreuze, sprach sich der SPD-Spitzenkandidat für ein abgestimmtes Konzept zwischen Bund und Entlastungen aus. Als eines „der größten Probleme“ identifizierte er die „defizitäre Verkehrspolitik“ im Land. Auf Straßen und Schienen gebe es erheblichen Sanierungs- und Modernisierungsbedarf. „Das ist eine der größten tickenden Zeitbomben, die allein rund 10 Milliarden Euro bis 2020 verschlingt“, skizzierte er einen Schwerpunkt in der kommenden Legislaturperiode. Für die Energiewende forderte der Vorsitzende der Energiekommission der SPD ein zukunftsträchtiges Gesamtkonzept.

Thorsten Schäfer-Gümbel, der zuvor eine Zusammenarbeit mit der Linkspartei nicht ausgeschlossen hatte, versicherte an diesem Abend, dass er sie nicht anstrebe. „Jeder, der mich kennt, weiß, dass ich das nicht will. Ich will weder eine Große Koalition noch ein rot-grün-rotes Bündnis noch eine Ampel.“ Der SPD-Chef setzt auf ein rot-grünes Bündnis für Hessen nach der Landtagswahl am 22. September.

Auf gutem Kurs

Über den Umgang mit der HSH-Nordbank, die neuverhandelten Verträge für den Elbphilharmonie-Bau und das Bevorstehen des Volksentscheids zum Rückkauf der Energienetze sprach der Hamburger Finanzsenator Peter Tschentscher am 18. April 2013 mit Mitgliedern des Managerkreises Nord-Ost. Trotz großer Herausforderungen sieht er die Haushaltskonsoli-



dierung der Hansestadt auf gutem Kurs. Defizit und Neuverschuldung sind dank hoher Steuereinnahmen und konsequenter Begrenzung des Ausgabenanstiegs geringer als im Haushaltsplan für 2012 vorgesehen, zusätzlich bietet das niedrige Zinsniveau Rückenwind. Wie stark jedoch vor allem die konjunkturelle Entwicklung den städtischen Haushalt beeinflusst, haben die letzten zwei Monate des vergangenen Jahres gezeigt. Auch das spricht, so Peter Tschentscher, für die strikte Einhaltung des langfristigen Finanzkonzepts: Mehreinnahmen führen nicht zu Mehrausgaben.

Auswirkungen der Finanzmarktregulierung für den Mittelstand

Der Managerkreis Bayern und das Bayern-Forum der Friedrich-Ebert-Stiftung hatten am 19. April 2013 in München zu einem Hintergrundgespräch mit Georg Fahrenschon, Präsident des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes und ehemaliger Bayerischer Staatsminister für Finanzen, eingeladen.

Themen des Abends waren die europäische Finanzmarktkrise, die vorgeschlagenen Mechanismen für eine bessere Finanzmarktregulierung und vor allem die Folgen für den bayerischen Mittelstand. In kleinem Kreis wurde lange, weit über die angesetzte Zeit hinaus, intensiv und vielschichtig diskutiert.

In seinem Eingangsimpuls verwies Georg Fahrenschon auf die Krisenstärke des deutschen dreigliedrigen Bankensystems und insbesondere die Bedeutung der Sparkassen und Genossenschaftsbanken, die es in dieser Vielfalt und dezentralen Kundennähe in keinem anderen Land in Europa gäbe. Sicher sei eine zentrale europäische Bankenaufsicht über systemrelevante, transnationale Großbanken notwendig, es muss dabei aber auch ein Spielraum für dezentrale Modelle wie die Sparkassen in Deutschland bleiben. Gerade die Sparkassen zählen heute zu den wichtigsten Kreditgebern für die mittelständische Industrie und das Handwerk.

Dies wurde auch in den verschiedenen Beiträgen der anschließenden Diskussion deutlich. Insgesamt steht der bayerische Mittelstand derzeit sehr gut da: Die Eigenkapitalquoten steigen, die Auftragslage ist stabil, es herrscht keine Krisenstimmung. Aber man spürt auch die große Unsicherheit darüber, wie es weiter gehen wird, immer wieder wurde betont, dass den Unternehmen derzeit die langfristige Stabilität der Rahmenbedingungen, die durch die Politik gesetzt werden, fehle. Daher halten die Unternehmen ihre Investitionen zurück. Dass weniger Kredite nachgefragt werden, spüren die Banken. Dass entsprechende Aufträge ausbleiben, spürt insbesondere auch die Bauwirtschaft.

„Nicht in Hysterie verfallen und gemeinsam handeln!“

Am 28. Februar 2013 traf sich das Steering-Komitee zum Hintergrundgespräch mit dem Vorstandsvorsitzenden der E.ON AG Johannes Teyssen.

Dieser berichtete über die großen Herausforderungen der Energiewende für die Branche und die schwierige Lage der Energiewirtschaft in Deutschland und Europa. Teyssen warnte vor einem Auseinanderbrechen des jungen und sich noch entwickelnden europäischen Energie-Binnenmarktes und der Tatsache, dass es immer weniger Investoren in den Energiebereich in Europa zieht.

Politik und Öffentlichkeit forderte er auf, nicht in Hysterie zu verfallen und die gemeinsam begonnene Energiewende nun auch gemeinsam und durchdacht parteiübergreifend weiterzuentwickeln. Europa müsse näher zusammenrücken, um den global zukünftig um 35 Prozent zunehmenden Bedarfszuwachs an Energie (davon 70 Prozent allein an Strom), die verstärkte Nutzung von Kohleenergie in den Entwicklungs- und Schwellenländern und das drohende Verfehlen der Klimaziele bewältigen zu können.

Literaturhinweise

Demokratie ohne Wähler? Neue Herausforderungen der politischen Partizipation

von Marcel Solar, Marcel Lewandowski und Frank Decker. Bonn: Dietz Verlag, 2013.
208 Seiten, Broschur.
ISBN 978-3-8012-0439-6

Die Unzufriedenheit mit den Institutionen der Demokratie wächst. Die Wahlbeteiligung geht auf allen Ebenen zurück, die etablierten Parteien verlieren an Zuspruch und Protestereignisse häufen sich. Gleichzeitig rufen die Bürger nach anderen und besseren Formen der Partizipation.

Welche Ursachen stehen hinter diesen Entwicklungen? Wie lassen sich neue Beteiligungsangebote in das vorhandene Regierungssystem integrieren? Führen solche Angebote zu einer breiteren Interessenberücksichtigung oder verschärfen sie die politische und soziale Ungleichheit? Diesen Fragen geht das vorliegende Buch nach. Die Studie basiert auf einer repräsentativen Umfrage im Land Nordrhein-Westfalen, deren Ergebnisse im Kontext aktueller demokratietheoretischer und -politischer Debatten interpretiert werden.



WISO direkt

Sichere Renten und gute Nettolöhne im demografischen Wandel

von Michael Dauderstädt.
Bonn: Abt. Wirtschafts- und Sozialpolitik der Friedrich-Ebert-Stiftung, 2013. 4
Seiten = 220 KB, PDF-File.
(WISO direkt), Electronic ed.: Bonn: FES, 2013,
ISBN 978-3-86498-474-7



Der demografische Wandel gibt keinen Anlass zur Panik. Selbst unter bescheidenen Wach-

tumsannahmen verbleibt den künftigen aktiven Generationen ein hohes Nettoeinkommen (nach Abzug der Rentenversicherungsbeiträge), auch wenn die Beitragssätze deutlich ansteigen. Die notwendige Transfermasse steigt auf etwa 15 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP); als Vermögensanspruch oder implizite Staatschuld beliefe sich dies auf etwa 300 Prozent des BIP. Eine solche Kapitaldeckung scheitert an der ungleichen Vermögensverteilung in Deutschland und der mangelnden Bereitschaft von Staat und Unternehmen, sich stärker zu verschulden.

Neue Gesellschaft/ Frankfurter Hefte

Gute Arbeit ist viel mehr als bezahlte Erwerbsarbeit

Gespräch mit Jutta Allmendinger

Jutta Allmendinger, Soziologin und Präsidentin des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung, hat sich in ihren früheren Arbeiten vorrangig damit auseinandergesetzt, wie Bildung, Arbeitsmarkt und Wohlfahrtsstaat die Lebensverläufe der Menschen prägen, und viel zur Ungleichheit der Geschlechter geforscht. Seit einiger Zeit widmet sie sich der Bildungssoziologie. Im Gespräch mit der NG/FH erläutert sie u.a., was sie unter „guter Arbeit“ versteht und wie man der Prekarisierung der Arbeitswelt entgegenwirken kann.



<http://www.frankfurter-hefte.de/Aktuelle-Ausgabe/Inhaltsverzeichnis/>



Terminübersicht

Die Aufstellung enthält nur Veranstaltungen, deren Termine bereits festliegen. Zu jeder Veranstaltung werden rechtzeitig Einladungen versandt. Zu den Hintergrundgesprächen werden nur Mitglieder des Managerkreises eingeladen.

<p>Managerkreis Bayern, <i>Bayern „rebooten“ – Die digitale Kluft überwinden und neue Chancen schaffen</i></p> <p>mit Florian Pronold, MdB, Vorsitzender der BayernSPD; Philipp Müller, Business Development Director bei CSC Deutschland; Nicolas Reis, Gründer und Geschäftsführer der Plattform Altruja.de; Doris Aschenbrenner, Informatikerin, Mitglied im Chaos Computer Club u. a.</p>	<p>27.05.2013 München</p>
<p>Managerkreis Nord-Ost, Hintergrundgespräch für Mitglieder <i>Infrastruktur und Wirtschaft in Schleswig-Holstein</i></p> <p>mit Reinhard Meyer, Minister für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie des Landes Schleswig-Holstein</p>	<p>30.05.2013 Kiel</p>
<p>Managerkreis Nord-Ost, Podiumsdiskussion <i>Politik für den deutschen Mittelstand</i></p> <p>mit Peer Steinbrück, MdB, Bundesminister und Ministerpräsident a. D. und Wirtschaftsvertretern</p>	<p>31.05.2013 Lübeck</p>
<p>Managerkreis, Podiumsdiskussion <i>Daheim statt im Heim – Assistenzsysteme für ein selbstbestimmtes Leben im Alter</i></p> <p>Mit Carola Reimann, MdB, Frank Bielka, Vorstand DEGEWO; Thomas Bodmer, Mitglied des Vorstands der DAK Gesundheit; Gudrun Schaich-Walch, Staatssekretärin a. D.(Moderation), u. a.</p>	<p>30.06.2013 Berlin</p>
<p>Managerkreis Berlin-Brandenburg, Jour fixe für Mitglieder mit Duraid El Obeid, Sprint Tank GmbH</p>	<p>12.06.2013 Berlin</p>
<p>Managerkreis Bayern, Podiumsdiskussion <i>Politik für den deutschen Mittelstand</i></p> <p>mit Peer Steinbrück, MdB, Bundesminister und Ministerpräsident a. D. und Wirtschaftsvertretern</p>	<p>17.06.2013 München</p>
<p>Managerkreis Rhein-Main <i>Politik für den deutschen Mittelstand</i></p> <p>mit Peer Steinbrück, MdB, Bundesminister und Ministerpräsident a. D. und Wirtschaftsvertretern</p>	<p>19.06.2013 Frankfurt</p>
<p>Managerkreis Mitteldeutschland, Hintergrundgespräch für Mitglieder mit Dr. Karl Peter Schackmann-Fallis, geschäftsführendes Vorstandsmitglied des DSGV</p>	<p>24.06.2013 Leipzig</p>



Managerkreis Rhein-Main <i>Deutschland vor der Wahl</i> mit Prof. Dr. Dr. Karl-Rudolf Korte , Direktor der NRW School of Governance	19.06.2013 Frankfurt
Managerkreis Mitteldeutschland , Podium <i>Jung, kreativ, hilflos? Herausforderungen der Zukunftsbranche Kreativwirtschaft</i> mit Karl Beucke , Rektor der Bauhaus-Universität Weimar; Dirk Kiefer , Leiter der Thüringer Agentur für Kreativwirtschaft; Michaela Peisker , Koordinatorin des Careers Services der Bauhaus-Universität Weimar; Christian Leise , Gründer des Video Online-Branchenbuchs Videostadt.com und CEO der Kreativagentur Rothe&Leise Media GbR; u.a.	27.06.2013 Weimar

Weitere Termine sind in Vorbereitung und werden auf unserer Website regelmäßig aktualisiert:

www.managerkreis.de

Sie sind im Management oder als Unternehmer tätig und politisch interessiert?

Der Managerkreis bietet Ihnen in acht Regionalgruppen und bei überregionalen Veranstaltungen die Möglichkeit, sich mit gleichgesinnten Managern und Unternehmern auszutauschen. Der Managerkreis besteht seit 1991 und umfasst mittlerweile über 1.300 Mitglieder. Sein Ziel ist es, eine Brücke zwischen Wirtschaft und Politik zu schlagen, und ein Netzwerk zwischen engagierten Managern zu knüpfen. Wir laden Sie herzlich ein, Mitglied im Managerkreis zu werden.

Hier finden Sie weiterführende Informationen:

www.managerkreis.de

Kontakt

Mitgliederservice

Dagmar Merk

Tel. 030-269657053

managerkreis@fes.de